

**Einrichtung eines beratenden Planungs- und Stadtgestaltungsausschusses gemäß § 41 Gemeindeordnung
- Antrag der SPD-Fraktion und anderen vom 03.01.2008**

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Einrichtung eines beratenden Planungs- und Stadtgestaltungsausschusses zu prüfen und das Ergebnis dem Ausschuss für Umwelt und Technik zur Vorberatung vorzulegen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Mit Schreiben vom 03.01.2008 stellten die SPD-Fraktion und andere den beigefügten Antrag.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ähnliche Anträge wurden schon mehrfach gestellt:

- Der Antrag der SPD-Fraktion vom 10.07.2000 auf Einrichtung eines beratenden Gestaltungsbeirats wurde vom Gemeinderat in der öffentlichen Sitzung am 31.01.2001, R. Pr. Nr. 4, abgelehnt,
- die in einem informellen Gespräch vor der Neubildung der Ausschüsse von der SPD-Fraktion vorgebrachte Anregung, einen Planungsausschuss zu bilden, wurde in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 22.09.2004, R. Pr. Nr. 80, abgelehnt,
- der Antrag der SPD-Fraktion und Teilen der FE-Fraktion vom 18.04.2005 auf Einrichtung eines Planungs- und Gestaltungsbeirats ist in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 01.06.2005, R. Pr. Nr. 56, behandelt worden; der Gemeinderat beschloss, dieses Thema in einer Sondersitzung vor bzw. nach der Sommerpause 2005 zu diskutieren; kurze Zeit später ging allerdings ein erneuter Antrag der o. g. Fraktionen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Leitbildes ein, mit dem Ziel, den gewünschten Beirat in die Leitbildentwicklung zu integrieren; dieser Antrag wurde mit Beschluss des Gemeinderats vom 29.06.2005, R. Pr. Nr. 64, zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss verwiesen; diese Vorberatung fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.07.2005 statt; in diesem Zusammenhang hat der Verwaltungsausschuss den Antrag auf Einrichtung eines Planungs- und Gestaltungsbeirats nicht mehr weiter verfolgt/nicht in die Empfehlung aufgenommen; dies hat der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 08.03.2006, R. Pr. Nr. 30, bestätigt,
- auch im Rahmen des Leitbildprozesses wird dieser Vorschlag derzeit diskutiert.

Die Verwaltung schlägt trotz dieser eindeutigen Beschlusslage vor, die Angelegenheit nochmals unter allen Gesichtspunkten zu prüfen und das Resultat dem Ausschuss für Umwelt und Technik zur Vorberatung vorzulegen.

- - -

Stadtrat Lorch verweist auf die von Papst Pius XII. herausgebrachte Enzyklika „in brennender Sorge“ und dass dies die Titulatur des Antrages sein könne. Er erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und anderen. Er macht darauf aufmerksam, dass der jeweilige Bauherr und

die Verwaltung unterschiedliche Interessen hätten, die in Einklang gebracht werden müssten. Er betont, dass sich der Antrag nicht gegen den Planungsamtsleiter Herrn Müller oder den Leiter des Ordnungsamts, Herrn Lehnhardt, richte. Seine Fraktion habe den Antrag gestellt, um der Verwaltung eine Hilfestellung in Form eines beratenden Gremiums mit Fachleuten zur Seite zu stellen. Er verweist auf das Leitbild, das der Gemeinderat beschlossen habe und dass dort stehe, dass „der Gemeinderat und die Verwaltung sich für eine Mitwirkung beim Entscheiden und Gestalten öffnen würden“. Ebenso stehe auf Seite 20 des Leitbildes, dass sich Ettlingen eine „qualitätsvolle Baukultur sichere“. Er stellt klar, dass durch den Antrag ein Dialog zur Baukultur angeregt werden solle und er stimmt dem Beschlussvorschlag für die SPD-Fraktion zu.

Stadtrat Foss berichtet, dass Anlässe für diesen Antrag Bauvorhaben, bei denen nach § 34 BauGB entschieden werden müsse, gewesen seien. Seiner Meinung nach müsse ein Frühwarnsystem geführt werden, um planungsrechtliche Weichen zu stellen und dies sei die Aufgabe eines agierenden und beschließenden Gremiums. Er vertritt die Auffassung, dass ein Planungsbeirat nicht rechtzeitig zur Stelle sein könne und daher der Ausschuss für Umwelt und Technik über einzelne Bauvorhaben informiert und dieser unter Hinzuziehung von Fachleuten über die weitere Vorgehensweise entscheiden sollte. Er bittet darum, seinen Vorschlag für die Vorberatung mit aufzunehmen. Er stimmt für die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Rebmann verdeutlicht, dass er zu Beginn der Legislaturperiode auch der Meinung gewesen sei, dass ein Planungs- und Gestaltungsbeirat erforderlich wäre. Da er seine Meinung mittlerweile geändert habe, hält er eine Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Technik über diesen Antrag für erforderlich.

Stadtrat Siess stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass er Bedenken habe, ob die Bildung eines weiteren Ausschusses ein Allheilmittel sei.

Stadträtin Zeh erläutert, dass für sie folgende zwei Fragen noch offen seien: Der Aufgabenbereich des beantragten Ausschusses und wie sich dieser zusammensetzen solle. Des Weiteren bittet sie um die Stellungnahme der Leitbildgruppe zu diesem Thema.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Leitbildgruppe für die Fraktionsvorsitzenden und Gruppensprecher für die heutige Sitzung ausgelegt worden sei.

Stadtrat Künzel vertritt den Standpunkt, dass es eine Grundsatzentscheidung sei, ob der Gemeinderat sich eine dritte Meinung leisten wolle und man beachten solle, dass Ettlingen eventuell vor einer zweiten Stadtsanierung stehe. Er erläutert, dass bereits in der letzten Woche in der Presse gestanden sei, dass über einzelne Bauvorhaben diskutiert werden solle. Er weist darauf hin, dass eine bereits geführte Diskussion im Gemeinderat die Gründung einer Bürgerinitiative zur Folge gehabt hätte. Er stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier informiert, dass die Meinung der Leitbild-Arbeitsgruppe in die Verwaltungsvorlage mit eingearbeitet werden würde. Die Verwaltung würde auch verschiedene Modelle aufzeigen und erst danach könne man über die Zusammensetzung und das genaue Aufgabenfeld entscheiden.

Stadtrat Stemmer erkundigt sich bei Stadtrat Lorch, was Anlass für das „Papst-Rundschreiben“ gewesen sei.

Stadtrat Lorch antwortet, dass dies anlässlich der Euthanasie im dritten Reich erstellt worden sei, jedoch nicht inhaltlich gemeint gewesen wäre, sondern nur als Titulatur wegen der „brennenden Sorge“.

Stadtrat Reich vertritt den Standpunkt, dass der Ausschuss für Umwelt und Technik über die Bauvorhaben informiert werden sollte. Er schlägt vor, bei Unstimmigkeit ein Beratungsteam hinzuzuziehen und Bürger aufzurufen sich für dieses Gremium ehrenamtlich zu engagieren. Er plädiert dafür, keinen Beirat zu gründen. Seiner Meinung nach würden fünf Bürger und fünf Architekten plus Stellvertreter ausreichen.

Stadtrat Deckers hat Bedenken gegen die Einrichtung eines neuen Organs. Er erläutert, dass die „ungeplanten“ Bereiche betroffen seien und er vorschläge, Grundsätze für deren Bebauung festzulegen. Er bittet darum, in die Vorlage für den Ausschuss für Umwelt und Technik aufzunehmen, wie eine restriktive Handhabung möglich sei. Seiner Meinung nach könne der Ausschuss nicht über jede einzelne Baugenehmigung entscheiden.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker ist mit einer Fachberatung einverstanden, weist jedoch darauf hin, dass es einen Architektenkrieg geben könnte. Sie sichert zu, für die Vorlage für den Ausschuss einige Beispiele aus der Vergangenheit aufzuzeigen.

Stadtrat Rebmann erläutert, dass eine Baugenehmigung entweder nach der LBO oder nach § 34 BauGB erteilt werden würde. Seiner Meinung nach könnten persönliche Geschmacksvorstellungen von Architekten nicht berücksichtigt werden und ein fremder Architekt könne auch nicht zu einem fremden Bauvorhaben seine persönliche Meinung in einem Ausschuss äußern. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem Gemeinderat das Thema „informelle Rahmenplanung“ diskutieren wollte.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker antwortet, dass sie mit diesem Thema eventuell noch vor der Sommerpause - möglicherweise in einer Klausurtagung - kommen wolle.

Stadträtin Saebel erkundigt sich, inwieweit private Bauvorhaben tangiert werden würden, wenn dieser Beirat eingerichtet werde. Ihrer Meinung nach, könne dieser Beirat nur bei städtischen Bauvorhaben tätig werden. Sie verweist auf die derzeitige Diskussion zwischen der Sparkasse und Herrn Bender.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erläutert, dass das „Keilbach“-Haus in privatem Eigentum sei und das Denkmalamt in dieser Angelegenheit eingeschaltet wäre und dort Architekten arbeiten würden.

Stadträtin Riedel stellt klar, dass der Sanierungsbeirat sehr gut gewesen sei und man damals weniger Probleme gehabt habe als heute.

Stadtrat Künzel unterstreicht, dass in den Ortsteilen die gleichen Rechte und Vorschriften wie für die Kernstadt gelten würden, die übliche Praxis jedoch anders sei. Für ihn stelle sich die Frage, wie der Gemeinderat in geplante Bauvorhaben eingreifen könne und wie eine langfristige Entwicklung für Ettlingen, unter Einbeziehung externer Architekten, möglich gemacht werden könne.

Stadtrat Deckers erläutert, dass die Fälle, die nach § 34 BauGB entschieden werden würden, die Fälle seien, um die es heute gehe. Seiner Meinung nach solle das dort bestehende Ermessen durch die Verwaltung restriktiv ausgelegt werden. Er betont, dass dies Aufgabe der Verwaltung, nicht des Gemeinderats sei und er diese Frage im Ausschuss geklärt haben wolle.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.